



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Perler Urs / Mäder-Brühlhart Bernadette

2019-CE-59

Was unternimmt der Kanton, damit unsere Schulen fit sein werden für die Digitalisierung?

I. Anfrage

Der Staatsrat hat beschlossen, einen wichtigen Teil seiner Tätigkeit in der laufenden Legislaturperiode dem Thema Freiburg 4.0 zu widmen und daraus unter dem Thema «Freiburg macht seine Revolution 4.0» eines der drei Hauptprojekte seines Regierungsprogramms zu machen. «Dieser Entscheid ist der Ausgangspunkt für ein Vorgehen, das weit über die Legislaturperiode 2017–2021 hinausgeht und einen starken politischen Impuls, mit dem die Verfahren des Staates Freiburg und die Dienstleistungen für die Bevölkerung optimiert werden. geben soll».

Die Schule ist von den gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung in hohem Masse betroffen und auch gefordert. Die digitale Kompetenz wird aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung in der heutigen Lebens- und Arbeitswelt immer wichtiger. Anwendungskompetenzen alleine reichen nicht mehr aus. Ein erweitertes Verständnis über Funktionsweisen und Prozesse nimmt an Bedeutung zu, um kreativ mitgestalten zu können.

1. Was unternimmt der Kanton konkret auf allen Bildungsstufen, damit die Chancen seiner Bevölkerung, zu den Gewinnern der Digitalisierung zu gehören, gestärkt werden?
2. In den Lehrplänen ist vermehrt Zeit für das individuelle Arbeiten geplant. Lehrmittel werden immer öfters elektronisch zur Verfügung gestellt. Jeder Schüler wird sein eigenes Gerät (Notebook oder Tablet) benötigen. Das Tablet, der Computer wird zunehmend von der Infrastruktur zu einem Lehrmittel. Ist sich der Kanton dessen bewusst und welchen Beitrag ist er bereit zu leisten?
3. Im aktuellen Schulgesetz ist die Schulausstattung (Beamer, Computer, Tablet) von den Gemeinden zu finanzieren. Das Niveau bezüglich Hardware, Software und Bandbreiten kann stark variieren. Gewisse Gemeinden haben eher veraltete Systeme, andere Gemeinden leisten sich dafür modernstes Equipment, das nicht immer reibungslos bedient werden kann. Die Qualität der Basisinfrastruktur variiert daher im Volksschulbereich und ist abhängig von kommunalen Faktoren. Der Kanton Freiburg war bislang sehr zurückhaltend mit Empfehlungen. Würden gewisse Empfehlungen zu Standards aber nicht Sinn machen?
4. Es ist davon auszugehen, dass finanzstarke Gemeinden mehr in die Schulausstattung investieren können als finanzschwache. Was unternimmt der Kanton, um ein Zweiklassensystem unter den Gemeinden zu vermeiden?
5. Wäre der Kanton bereit, eine Anschubfinanzierung auf der Stufe des obligatorischen Unterrichts zu unterstützen und während ein paar Jahren pro Schüler einen Betrag von zum Beispiel 200 Franken zu sprechen?

6. Damit die Schulen für die Digitalisierung fit werden, ist eine Nachqualifikation amtierender Lehrpersonen nötig. Darüber hinaus sollte eine wiederkehrende, systematische und permanente Weiterbildung der Lehrkräfte und Akteure im Bildungswesen entwickelt werden, welche mit bereits bestehenden Weiterbildungsangeboten abzustimmen sind. Wie viele Mittel ist der Kanton bereit, für die Stärkung der digitalen Kompetenzen bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen zu sprechen?
7. Wer übernimmt den Lead in Fragen rund um die Digitalisierung an den Schulen. Ist der Kanton bereit, diese Rolle zu übernehmen?

18. März 2019

II. Antwort des Staatsrats

Wie Grossrat Perler und Grossrätin Mäder-Brülhart berechtigterweise feststellen, hat der Staatsrat in seinem Regierungsprogramm 2017–2021 für die Zukunft des Kantons drei Vorzeigeprojekte definiert, darunter auch das Projekt «Freiburg macht seine Revolution 4.0». Auf dieser strategischen Grundlage hat der Staatsrat im Oktober 2018 einen [«Richtplan der Digitalisierung und der Informationssysteme»](#) entwickelt. Dieser Richtplan nennt vier Ziele, die unter anderem bildungsbezogene Aspekte einschliessen.

Als der Staatsrat im vergangenen Herbst seine Strategie 4.0 präsentierte, konnte er auf die Entwicklung, die im Bildungsbereich bereits seit einigen Jahren läuft, verweisen. Mit dem neuen [kantonalen Konzept für die Integration von Medien und IKT in den Unterricht \(Medien, Bilder, Informations- und Kommunikationstechnologien – Medien und IKT\)](#), das der Staatsrat am 9. Mai 2017 verabschiedet hat, wurde dieser Entwicklung Rechnung getragen. Dieses Konzept gibt den Handlungsrahmen vor, stärkt die Systemsteuerung und stellt die Medien und IKT in den Dienst des Lernens. Das Vorhandensein dieses Konzepts erlaubt es der Regierung, die von der Grossrätin und dem Grossrat gestellten Fragen relativ kurz zu beantworten und interessierte Leserinnen und Leser für weitere Einzelheiten direkt auf das Konzept zu verweisen.

Der Staatsrat antwortet wie folgt auf die gestellten Fragen:

1. Was unternimmt der Kanton konkret auf allen Bildungsebenen, damit die Chancen seiner Bevölkerung, zu den Gewinnern der Digitalisierung zu gehören, gestärkt werden?

Diese Frage ist seit langem ein wichtiges Anliegen auf allen Bildungsebenen in unserem Kanton. Wir können unter anderem auf die [Antwort auf die Anfrage Gabrielle Bourguet / André Schoenenweid](#) verweisen:

«Der Kanton Freiburg ist sich seit langem bewusst, wie wichtig die neuen Technologien für den Unterricht sind. Aufgrund einer Motion aus dem Grossen Rat wurde in den 2000er Jahren eine erste Strategie zur Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien in den Freiburger Schulen erarbeitet. 2001 wurde die Fachstelle Fritic gegründet, dank der über 140 in den kantonalen Schulen tätige IKT-Ansprechpersonen sowie 28 Ausbilderinnen und Ausbilder für Lehrpersonen im Bereich IKT ausgebildet werden konnten. Diese stehen nun den Schulen zur Verfügung. Zudem wurde die pädagogische Plattform www.friportal.ch aufgebaut, wo die Lehrpersonen auf zahlreiche digitale Ressourcen zugreifen können, ebenso wie die [Plattform Frischool](#) für die Schülerinnen und Schüler der obligatorischen Schule.

Ebenso wie die Verfasser dieser Anfrage hat der Staatsrat festgestellt, dass sich die Informationstechnologien in den letzten Jahren rasant weiterentwickelt haben. Deshalb wurden eingehende Überlegungen zur Stellung der Medien und IKT im Unterricht angestellt. Diese führten zum [kantonalen Konzept für die Integration von Medien und IKT in den Unterricht 2017–2021](#), das am 9. Mai 2017 verabschiedet wurde. Damit will der Kanton der Entwicklung der Informationstechnologien und den Anforderungen der Lehrpläne gerecht werden. Das Konzept verfolgt das Ziel, den Entwicklungen der neuen Informationstechnologien sowie den Ansprüchen der Lehrpläne zu entsprechen. Es legt den Handlungsrahmen fest, verstärkt die Systemsteuerung und fördert die Nutzung von Medien und IKT der Schülerinnen und Schüler beim Lernen. Es definiert 9 Hauptziele, die bis 2021 umzusetzen sind. Die 4 Hauptbereiche sind:

1. Personalressourcen, Aus- und Weiterbildung;
2. Pädagogische Ressourcen und Anwendungen (Software);
3. Materielle und technische Ressourcen;
4. Prävention und Intervention».

Im Jahr 2018 wurde die Fachstelle Fritic und das HAE-Team zusammengeführt (Projekt zur Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme). Daraus entstand die Fachstelle Fritic, das Kompetenzzentrum für Medien und IKT im Unterricht, wodurch die technischen und pädagogischen sowie die damit verbundenen administrativen Aspekte im öffentlichen Schulwesen unter einem Dach vereint wurden.

Ab Schuljahresbeginn 2020/21 wird den Schulen (Schülerinnen, Schüler und Personal) eine leistungsstarke Kooperationsplattform (Office 365) im ganzen Kanton (obligatorische Schule und Schulen der Sekundarstufe 2 und die Berufsschulen) zur Verfügung stehen.

Französischsprachiger obligatorischer Unterricht:

- > Erstellung, Aktualisierung und Referenzierung von Unterrichtssequenzen, welche Medien und IKT in den Unterricht aller drei Zyklen der obligatorischen Schule integrieren. Dank einer Auswahl von Unterrichtssequenzen für jede Unterrichtsstufe können die Lehrpersonen für jede Unterrichtsstufe die entsprechenden Lernsequenzen realisieren.
- > Obligatorische Umsetzung des Logbuchs (Kompetenznachweis) für die Kontrolle der Lernfortschritte für den ersten und zweiten Zyklus, damit Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler und Eltern ein besseres Verständnis für die Anforderungen des Westschweizer Lehrplans PER erlangen.
- > Beginn der Reform des Dispositivs der IKT-Ansprechpersonen, mit dem Ziel, ein Netzwerk an Lehrpersonen aufzubauen, das die Kolleginnen und Kollegen in der Schule vor Ort unterstützt.
- > Aufgleisen der Revision des Westschweizer Lehrplans PER mit einer möglichen Anpassung der Stundenpläne. Diese Revision erfolgt auf der Ebene der Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP), die bereits mit den Arbeiten begonnen hat.

Deutschsprachiger obligatorischer Unterricht:

Die Umsetzung bezüglich der Digitalisierung erfolgt ab dem Schuljahr 2019/20 nach dem LP 21 mit dem Modul Lehrplan «Medien und Informatik», der in die drei Bereiche Medien, Informatik und Anwendungen gegliedert ist. Die Anwendungskompetenzen sind in den Fachbereichslehrplänen (Sprachen, Mathematik, Natur - Mensch - Gesellschaft (NMG), Gestalten und Musik) beschrieben und werden fachübergreifend aufgebaut. Im Schulzeugnis von der 3H–11H wird der Kompetenz-

stand der fachübergreifende Anwendungskompetenzen M&I jeweils am Ende des Schuljahres ausgewiesen. Die Lehrpersonen einer Klasse koordinieren zu Beginn eines Schuljahres den fachübergreifenden Aufbau der Anwendungskompetenzen. Zusätzlich sieht der Stundenplan in der 7H, 8H und 9H je eine Lektion «Medien und Informatik» vor, welche analog zu anderen Fachbereichen im Zeugnis mit Noten vermerkt wird. Im 3. Zyklus kann «Medien und Informatik» zusätzlich als Wahlfach belegt werden.

Auf der Sekundarstufe 2 sollen demnächst folgende Änderungen und Projekte umgesetzt werden:

- > Einführung der Informatik als Wissenschaft ab dem Schuljahresbeginn 2019/20 mit 2 Lektionen im ersten und 2 Lektionen im zweiten Gymnasialschuljahr.
- > Neuer Lehrplan Informatik für die Fachmittelschule (FMS) ab 2020, der einen Wissenschaftsanteil enthalten wird.
- > Einführung des unter dem englischen Akronym BYOD («Bring Your Own Device», auf Deutsch «Bringe Dein eigenes Gerät mit») bekannten Konzepts: Dieses ist im laufenden Schuljahr als Pilotprojekt mit einer Klasse des ersten Schuljahres der Handelsmittelschule am Kollegium Gambach lanciert worden. Zum Schuljahresbeginn 2019/20 ist eine Ausweitung auf 4 Klassen geplant. Im Prinzip soll dann das Konzept ab Schuljahresbeginn 2020/21 für alle 1. Klassen an den Mittelschulen eingeführt werden. Eine gemeinsam mit der berufsbildenden Sekundarstufe 2 gebildete Arbeitsgruppe leitet dieses Projekt.
- > Bereitstellung einer Kooperationsplattform (Office 365) für Schulen (Schülerinnen und Schüler, Personal). Pilotprojekt am Kollegium Gambach im Schuljahr 2019/20, Ausweitung auf alle Schulen ab Schuljahresbeginn 2020/21.

Auf der Ebene der Berufsbildung haben das Amt für Berufsbildung (BBA), respektive die Berufsbildungszentren (BBZ), folgende Projekte entwickelt und/oder sind an ihnen aktiv beteiligt:

- > Eine Arbeitsgruppe «BYOD», die Regeln und Empfehlungen definiert, um schliesslich den Einsatz von BYOD in allen vorhandenen Berufsgruppen in den freiburgischen Berufsfachschulen zu ermöglichen. Pilotprojekte werden für verschiedene Berufsgruppen durchgeführt, namentlich das Projekt «Tablet» für die Berufsgruppe der Köchinnen und Köche EFZ.
- > Die Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule (EPAC) und die Kaufmännische Berufsfachschule (KBS) sind beide Pilotschulen für die Integration von Office 365. Diese Implementierung unterstützt ebenfalls BYOD an den Berufsfachschulen. Office 365 bietet verschiedenste Werkzeuge für die Zusammenarbeit und das Dokumentenmanagement, was das digitale Lernen fördert.
- > Auf nationaler Ebene haben verschiedene Berufsverbände digitale Medien für die unterschiedlichen Berufsrichtungen entwickelt oder sind daran, solche zu entwickeln. Auch die Berufsfachschulen bemühen sich, entsprechend den vorhandenen Ressourcen, diese zu integrieren. Was den Unterricht in der Allgemeinbildung betrifft, werden auf kantonaler Ebene Unterstützungen für Kurse und Lehrgänge entwickelt. Aktuell entwickeln die pädagogischen Verantwortlichen vollständig digitale Lehrmittel.

Im Landwirtschaftlichen Institut von Grangeneuve (LIG) wurde das Reglement der Lernenden dahingehend angepasst, dass die Lernenden das Smartphone im Unterricht benützen dürfen, wenn die Lehrperson es zulässt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass dieses Hilfsmittel auch im Unterricht verwendet werden darf. Es müssen aber klare Grenzen gesetzt werden, da ein Smartphone einerseits sehr nützlich sein kann (Fotos erstellen, Internet, Notizen), aber andererseits

bei einer erlaubten Benützung die private Kommunikation der Lernenden (WhatsApp, Facebook, Instagram) nicht einfach ausgeschaltet werden und somit die Konzentration der Lernenden in Frage gestellt sein kann.

2. *In den Lehrplänen ist vermehrt Zeit für das individuelle Arbeiten geplant. Lehrmittel werden immer öfters elektronisch zur Verfügung gestellt. Jeder Schüler wird sein eigenes Gerät (Notebook oder Tablet) benutzen. Das Tablet oder der Computer werden zunehmend von der Infrastruktur zu einem Lehrmittel. Ist sich der Kanton dessen bewusst, und welchen Beitrag ist er bereit zu leisten?*

Für die obligatorischen Schulen im französischsprachigen Kantonsteil haben die Arbeiten zur Revision des Westschweizer Lehrplans PER eben erst begonnen. Es wird eine Zunahme der digitalen Lernzeit erwartet. Jedenfalls ist es für die kommenden Jahre noch nicht möglich abzuschätzen, bis zu welchem Grad alle Schülerinnen und Schüler, für die das der Fall sein wird, über einen eigenen Computer verfügen werden. Es sei darauf hingewiesen, dass die wichtigsten Verlage digitaler Medien ihre Werke weiterhin in Papierform anbieten. Auch hier lässt es sich nicht abschätzen, bis wann die komplette Umstellung auf digitale Lehrmittel vollzogen sein wird. Die Frage der Materialien ist jedoch vorrangig und sollte sich durch die Zusammenführung aller zuständigen Partner lösen lassen. Im Übrigen existiert eine *Task Force* auf der Ebene der CIIP, die sich mit dieser Frage für die Westschweiz beschäftigt.

Für die deutschsprachige obligatorische Schule sieht der Lehrplan je nach Lernziel unterschiedliche Unterrichtsorganisationsformen vor. Es liegt in der Kompetenz der Lehrperson, diese zu bestimmen. Moderne Lehrmittel verwenden digitale Zugänge und Aufgabenformate, für welche eine entsprechende Ausrüstung und Infrastruktur notwendig ist. Der Lehrplan macht hierzu keine Angaben oder Vorgaben; dies liegt in der Kompetenz von Kanton und Gemeinden. Der Kanton ist momentan für die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen sowie die Finanzierung der Lehrmittel verantwortlich und trägt die entsprechenden Kosten. Zudem verfügt er über die Fachstelle Fritic zur Unterstützung der Schulen, Lehrpersonen und Unterrichtsämter sowie zur Beratung der Gemeinden.

An den Mittelschulen wurde ein Pilotprojekt «AVEC/BYOD» lanciert, das derzeit im Kollegium Gambach läuft (siehe auch Antwort auf die Frage 2). Vertiefere Analysen der Ergebnisse dieses Projekts werden in einem späteren Schritt durchgeführt.

Ebenso wie bei der allgemeinbildenden werden auch bei der berufsbildenden Sekundarstufe 2 verschiedene Finanzierungsmodelle geprüft, die es erlauben, die Implementierung von BYOD in den Berufsbildungszentren voranzutreiben. Eine entsprechende Arbeitsgruppe wurde ernannt.

3. *Im aktuellen Schulgesetz ist die Schulausstattung (Beamer, Computer, Tablet) von den Gemeinden zu finanzieren. Die Ausstattung bezüglich Hard- und Software und Bandbreiten kann stark variieren. Gewisse Gemeinden haben eher veraltete Systeme, andere Gemeinden leisten sich dafür modernstes Equipment, das nicht immer reibungslos bedient werden kann. Die Qualität der Basisinfrastruktur variiert daher im Volksschulbereich und ist abhängig von kommunalen Faktoren. Der Kanton Freiburg war bislang sehr zurückhaltend mit Empfehlungen. Würden gewisse Empfehlungen zu Standards aber nicht Sinn machen?*

Entsprechende Empfehlungen wurden von der Fachstelle Fritic im Jahr 2017 herausgegeben und werden laufend aktualisiert. Der Fachstelle Fritic wurde zudem die Aufgabe zugewiesen, den gesamten «Material-Bereich» zu koordinieren: Aktualisierung von Empfehlungen, Kommunikation

mit den Gemeinden, Unterstützung der Lehrpersonen und Leitung des Projekts der zentralen Beschaffungsstelle, wie dies bereits im Konzept für Medien und IKT vorgesehen wurde.

Zudem wurde von der Fachstelle Fritic eine Informationssitzung für die Gemeinden, die Schuldirektionen und Schulleitungen organisiert, die im kommenden Juni durchgeführt wird und erste Antworten auf die verschiedenen Fragen zum Informatikmaterial und zu dessen Nutzung geben soll (WiFi-Netzwerk-Infrastruktur, individuelle Kommunikationsgeräte, Beamer usw.). Für die deutschsprachigen Gemeinden wurden diese Informationsveranstaltungen im September 2017 sowie im April 2019 bei der Vereinigung Schulpräsidentinnen und Schulpräsidenten Deutschfreiburg durchgeführt.

Was die berufsbildende wie auch allgemeinbildende Sekundarstufe 2 betrifft, ist zu beachten, dass das IT-Material (Informations- und Kommunikationstechnologiematerial) der kantonalen Schulen (Gymnasien, FMS) und der Berufsfachschulen Sache des Kantons und nicht der Gemeinden ist. Um Qualitätsstandards sicherzustellen, kümmert sich eine dafür zuständige Gruppe zusammen mit dem ITA um die Harmonisierung und Standardisierung der IT-Infrastruktur.

4. Es ist davon auszugehen, dass finanzstarke Gemeinden mehr in die Schulausstattung investieren können als finanzschwache. Was unternimmt der Kanton, um ein Zweiklassensystem unter den Gemeinden zu vermeiden?

Der Kanton hat diesbezüglich schon sehr viel unternommen. Für alle Lehrpersonen, Schüler und Schülerinnen wird die kantonale digitale Identität ab dem Kalenderjahr 2020 zur Verfügung stehen. Educanet2 wird ab dem Schuljahr 2020/21 durch eine zukunftsgerichtete Lösung abgelöst. Den Schulen steht seit mehreren Jahren das Webtool «friweb2» zur Verfügung. Es wird auch intensiv an der Definition von Standards zur Ausrüstung der Schulen im Hard- und Softwarebereich gearbeitet. Das HAE-Team hat für die Primarschule «Primeo» und für die OS «ISA» entwickeln lassen. Diese Werkzeuge unterstützen die Schulleitungen im administrativen Bereich enorm.

Dank der Fachstelle Fritic können die obligatorischen Schulen Materialien für Robotikunterricht ausgeliehen werden und ein Managementsystem für iPads mit einer zentralisierten Verwaltung und Vorzugspreisen auf vordefinierte Anwendungen/Apps wurde ins Leben gerufen (700 iPads werden aktuell durch die Fachstelle Fritic verwaltet).

Wie bereits in der Antwort auf die Frage 2 erwähnt, gibt die Fachstelle Fritic Empfehlungen heraus und organisiert für die Gemeinden Informationsveranstaltungen zu den Themen IT-Material und IT-Ausstattung.

5. Wäre der Kanton bereit, eine Anschubfinanzierung auf der Stufe des obligatorischen Unterrichts zu unterstützen und während ein paar Jahren pro Schüler einen Betrag von zum Beispiel 200 Franken zu sprechen?

Alle Änderungen in der Verteilung der Aufgaben und der Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden müssen im Rahmen des Projekts zur Aufgabenentflechtung Staat-Gemeinden (DETTEC) erfolgen.

Überdies geht die Frage nach dem Informatikmaterial über die reine Beschaffung eines Computers oder einer Informatikkomponente hinaus: Der Betrieb, der Unterhalt, der Ersatz, die Ausbildung, die Änderung der pädagogischen Strategien usw. müssen ins Zentrum gestellt werden. Dabei ist die Frage nach der Beschaffung nur eine unter vielen, die sich stellt.

6. Damit die Schulen fit werden für die Digitalisierung, ist eine Nachqualifikation amtierender Lehrpersonen nötig. Diese hat im deutschsprachigen Kantonsteil im Schuljahr 2018/19 begonnen und sollte bis 2023 abgeschlossen sein. Darüber hinaus sollte eine wiederkehrende, systematische und permanente Weiterbildung der Lehrkräfte und Akteure im Bildungswesen entwickelt werden, die mit bereits bestehenden Weiterbildungsangeboten abzustimmen ist. Wie viele Mittel ist der Kanton bereit für die Stärkung der digitalen Kompetenzen bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen zu sprechen?

Im Kontext der Umsetzung des Konzepts MITIC hat eine Arbeitsgruppe, die von der Fachstelle Fritic präsiert wurde, [einen kantonalen Referenzrahmen](#)¹ entwickelt, der aktuell zur Verfügung steht und richtungweisend sein soll für die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals im Bereich Medien und IKT. Auf dieser Basis wird demnächst ein Werkzeug zur Selbstevaluation entwickelt.

Im Rahmen der Revision des Westschweizer Lehrplans «PER» für die Einführung des Unterrichtsfaches Informatik ab dem zweiten Zyklus befindet sich die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen bereits in Planung.

In Deutschfreiburg ist gemäss dem «Weiterbildungskonzept MIA» eine Weiterbildung für alle Lehrpersonen verbindlich; dafür wurden Mentorinnen und Mentoren (F3) für Medien und Informatik ausgebildet. Für die pädagogische Unterstützung der Lehrpersonen beim Einsatz der digitalen Ressourcen in ihren Klassen, Fächern und Projekten stehen an jeder Schule ausgebildete Ansprechpersonen Medien und Informatik zur Verfügung. Diese unterstützen auch die Schulleitungen bei der digitalen Transformation.

Im Auftrag der Eidgenossenschaft begleitet das Eidgenössische Hochschulinstitut für die Berufsbildung (EHB) die Berufsfachschulen in der digitalen Transformation im Bereich des Unterrichts. Alle Schulen, die der Volkswirtschaftsdirektion unterstellt sind, nehmen an diesem Programm teil. Ein Teil davon zielt auf den spezifischen Ausbildungsbedarf der unterrichtenden Personen ab. So werden pro Zentrum und auf kantonaler Ebene massgeschneiderte Weiterbildungskurse angeboten, die auf die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Berufe abgestimmt sind.

Die Lehrpersonen des LIG haben ein sehr unterschiedliches Niveau was die Digitalisierung betrifft. Grangeneuve hat sich beim EHB (IFFP) eingeschrieben, um den sogenannten «Digicheck» durchzuführen. Dabei werden unter anderem die Kompetenzen der Lehrpersonen evaluiert und aus der Situationsanalyse resultiert ein Massnahmenplan. Diese Analyse wird im Mai 2019 starten und entsprechende Weiterbildungen sind geplant.

7. Wer übernimmt den Lead in Fragen rund um die Digitalisierung an den Schulen? Ist der Kanton bereit, diese Rolle zu übernehmen?

Der Kanton entscheidet über die Lehrpläne und definiert die Gesamtstrategie für den obligatorischen Unterricht. Insofern ist der Kanton *de facto* zuständig und hat in all den Fragen rund um den Inhalt und die Organisation der Schulen die Führung inne. Mit der Einführung des Lehrplans 21 in Deutschfreiburg wird die Informatik als Wissenschaft ab dem zweiten Zyklus unterrichtet. Der Kanton hat durch sein Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht Entscheide gefällt, die klar in diese Richtung gehen, wovon alle deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler profitieren

¹ <https://refcomp.friweb.ch/de/introduction-de>

werden. Im französischsprachigen Kantonsteil wird der Westschweizer Lehrplan PER wie erwähnt einer Revision unterzogen, wobei kurzfristig ebenfalls das Fach Informatik eingeführt werden soll.

Auf der Sekundarstufe 2 sind die Schulen kantonale und somit sind alle damit im Zusammenhang stehenden Entscheide Sache des Kantons. Die Informatik wird übrigens ab Schuljahresbeginn 2019/2020 in den Kollegien und ab 2020/21 auch in der FMS als naturwissenschaftliches Fach eingeführt.

Durch die Gründung der Fachstelle Fritic im Jahre 2003 und deren Zusammenführung mit dem HAE-Team im Jahr 2018 zum Kompetenzzentrum Fritic, sowie durch die Implementierung des Konzepts für Medien und IKT, das derzeit umgesetzt wird, hat der Kanton im Rahmen der obligatorischen Schule und insbesondere im Bereich der Medien und IKT Führung bewiesen.

Der Staatsrat hat am 3. November 2015 die Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (IKU) geschaffen. Diese Kommission legt die Informatik-Transformationsstrategie in den Berufsfachschulen fest. Die Zusammenstellung dieser Kommission hat es ebenfalls ermöglicht, die Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle Fritic und den Berufsfachschulen zu stärken.

Im Übrigen haben alle Änderungen bei der Entflechtung der Aufgaben und der Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden über das Projekt zur Aufgabenentflechtung Staat-Gemeinden (DETTEC) zu erfolgen.

14. Mai 2019